

Stellungnahme des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin zur Kindertagesstättenentwicklungsplanung des Landes Berlin, vorgelegt am 16.10.2020

Wir begrüßen, dass nun endlich eine Kindertagesstättenentwicklungsplanung vorgelegt wurde. Der hier für den Zeitraum bis zum Jahr 2026 ausgewiesene Bedarf an zusätzlichen Kitaplätzen im Umfang von rd. 26.000 entspricht den Einschätzungen des Paritätischen, die dieser bereits im August auf der Grundlage der aktuellen Bevölkerungsprognose errechnet hatte.

Neben dieser grundsätzlichen Übereinstimmung kommen wir jedoch in der Bewertung und den Schlussfolgerungen, insbesondere zur notwendigen Handlungsgeschwindigkeit zu deutlich anderen Ergebnissen, die wir hier mit einer ersten schnellen Stellungnahme in Stichpunkten darlegen möchten:

- **Der Senat bestätigt mit der Kindertagesstättenentwicklungsplanung: In den nächsten Jahren werden 26.000 zusätzliche Kitaplätze gebraucht.** Ob die jetzt geplanten 15.000 Plätze tatsächlich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln bis 2022 geschaffen werden können ist fraglich – der Paritätische schätzt dies als kaum umsetzbare Herausforderung ein, sowohl was Kosten als auch was die Geschwindigkeit angeht.
- **Der Senat plant in seiner Kindertagesstättenentwicklungsplanung eine bewusste Unterausstattung mit Kindertagesbetreuungsplätzen in den nächsten vier Jahren.** Dies wird deutlich, wenn die Zahlen der Bedarfsplanung mit den Zahlen der Ausbauplanung zusammengeführt werden:

Kitaplanung des Landes Berlin		2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Bedarfsplanung	Zielplatzbedarf zum 31.7. d. Jahres (Tabelle 21)		192.612	194.448	195.733	197.125	199.161	200.642
Ausbauplanung	Platzangebot zum 31.12. d. Jahres (Tabelle 22)	174.100	179.850	185.500	192.350	195.150	197.950	200.750
			- 12.762	- 8.948	- 3.383	- 1.975	- 1.211	108

(Quelle: Kindertagesstättenentwicklungsplanung KEP 2020-2025, S. 26 / S. 29)

Die hier sichtbare Lücke entsteht durch die zu spät eingeleiteten zusätzlichen Ausbaumaßnahmen und wird sogar noch größer, wenn die Planungen und Maßnahmen, die für 2021/2022 avisiert sind, sich verzögern. Diese Auswirkung kann unserer Meinung nach nur reduziert werden, wenn das Land Berlin schnell handelt und den Ausbau über die bereits geplanten Maßnahmen hinaus fördert.

- **Die Ausbauplanung sieht jedoch vor, erst ab dem nächsten Doppelhaushalt 2022/2023 zusätzliche Mittel für den Kitaausbau im Ausbauprogramm zur Verfügung zu stellen.** Damit entscheidet sich der Senat dafür, die jetzt von Trägern durch Planungen und Anträge untermauerten Möglichkeiten nicht zu nutzen und zumindest einen Teil dieser Projekte bis zum Jahr 2022 liegen zu lassen. Wir halten dies für unzureichend und hoffen, dass diese Entscheidung durch das Parlament korrigiert wird und mit dem anstehenden Nachtragshaushalt zusätzliche Mittel für 2021 zur Verfügung gestellt werden. Erfolgt dies nicht, gehen einige dieser Vorhaben verloren, die dann für den errechneten Bedarf zu spät und teurer neu geplant werden. Die Kosten für die Fehlentwicklung tragen die freien Träger, die in Planungsleistungen investiert haben.
- **Der Senat geht in seiner Ausbauplanung weiterhin von Kosten von durchschnittlich 20.000 € pro Platz aus, obwohl die Baukosten, immer dann, wenn das Land Berlin selbst baut (Mokib / Eigenbetriebe), deutlich über 35.000 € pro Platz liegen** (dokumentiert u.a. durch <https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Haupt/vorgang/h18-2351.C-v.pdf>, ab Seite 11). Das ist auch bei freien Trägern nicht anders. Wir fordern deshalb bei Neubaumaßnahmen die Förderhöchstsumme von 30.000 € auf 35.000 € zu erhöhen.
- **Die Kindertagesstättenentwicklungsplanung trifft keine Aussage darüber, wie die Sanierungsbedarfe bei freien Trägern zukünftig berücksichtigt werden sollen.** Unklar bleibt, ob auch im Jahr 2021 wenigstens ein kleiner Teil der Mittel aus dem Landesprogramm für die Sicherung von Plätzen im Bestand verwendet werden sollen. Neben der Schaffung von neuen Plätzen ist dringend in den Erhalt bestehender Infrastruktur zu investieren. Hier bedarf es auch kurzfristig zusätzlicher Mittel. Wir fordern hierzu Mittel in Höhe 50 Mio. € pro Jahr in den nächsten 3 Jahren. Das Sanierungsbedarfe bestehen ist unstrittig - die Eigenbetriebe des Landes Berlin erhalten hierzu gesonderte Mittel (siehe Seite 30 des KEP). Im Ergebnis erhalten die Eigenbetriebe, welche etwa 1/6 der Kitaplätze des Landes unterhalten das mindestens 4-fache dessen, was für freie Träger zur Verfügung steht.
- **Zu einer seriösen Planung gehört auch den Umsetzungserfolg der vorhergehenden Planung zu bewerten.** Hierzu ist festzustellen: Laut Kindertagesstättenentwicklungsplanung 2016 sollten bis Ende 2020 insgesamt 33.900 neue Plätze geschaffen werden – mit heutigem Stand sind es nur rund 18.000 Plätze geworden. Die angestrebten Betreuungsquoten bei den 1-6jährigen Kindern konnten nicht erreicht werden.
- **Die Betreuungssituation ist in den letzten 5 Jahren insgesamt schlechter geworden. Nur ein Bezirk (Pankow) erreicht noch die angestrebten Betreuungsquoten (Orientierungswerte der Planung).**
Besonders schlecht versorgt sind Bezirke mit tendenziell problematischer Sozialstruktur (Mitte, Spandau, Neukölln und Reinickendorf) – hierauf muss das politische Auge besonders gerichtet werden. Die von der Senatorin eingesetzte Qualitätskommission zur Schulqualität in Berlin spricht sich dementsprechend aus und gibt die klare Empfehlungen ab, den „Fokus der Qualitätsentwicklung auf Einrichtungen in besonders belasteten Regionen“ zu richten (siehe Empfehlungen zur Steigerung der Qualität von Bildung und Unterricht in Berlin 2020/ Abschlussbericht der Expertenkommission). Diese Entwicklung kommt jedoch nur ungenügend zum Tragen, wenn wie in Spandau oder Wedding/Moabit ein überdurchschnittlicher Anteil der Kinder gar keinen Kitaplatz hat.

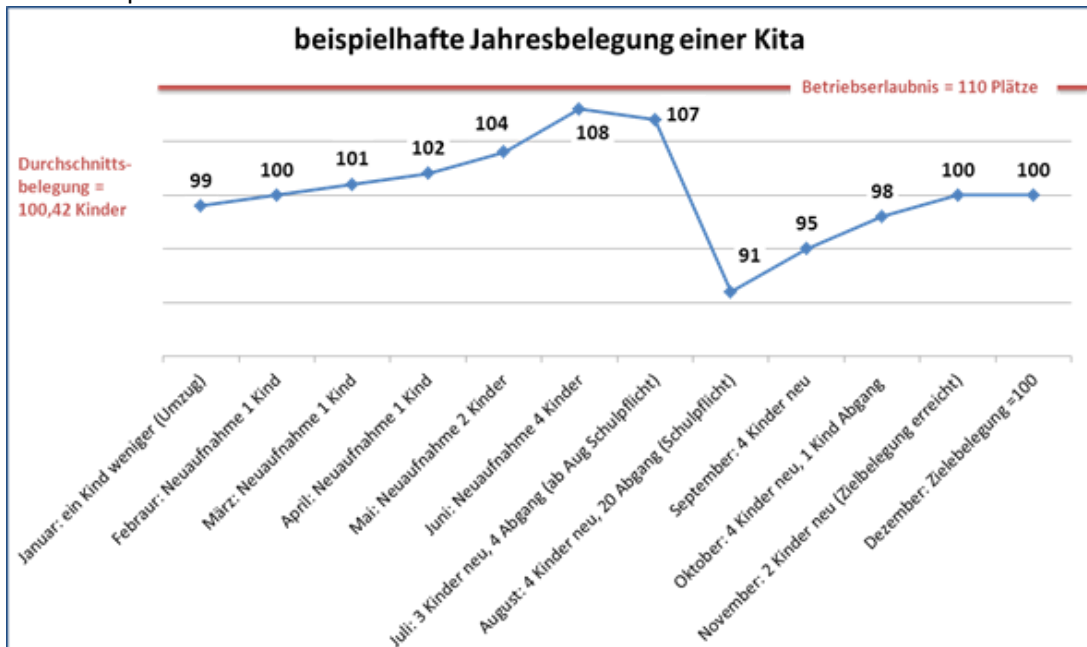
Nachfolgende Tabelle gibt dazu eine Gesamtübersicht.

Betreuungsquoten der Bezirke						
	1- unter 3 Jahre			3- unter 6 Jahre		
	31.12.2014	31.12.2019	Veränderung	31.12.2014	31.12.2019	Veränderung
Mitte	60,8%	64,6%	3,8%	92,0%	91,5%	-0,5%
FH Kreuzbg	75,2%	72,4%	-2,8%	95,8%	95,8%	0,0%
Pankow	83,6%	81,8%	-1,8%	96,6%	95,9%	-0,7%
Ch-W	67,5%	67,1%	-0,4%	92,8%	90,6%	-2,2%
Spandau	61,9%	56,9%	-5,0%	91,7%	86,5%	-5,2%
St-Zehlend.	72,0%	72,7%	0,7%	94,9%	93,1%	-1,8%
Temp-Sch	70,8%	67,1%	-3,7%	94,8%	91,6%	-3,2%
Neuk	57,8%	58,8%	1,0%	92,7%	91,2%	-1,5%
Tr-Kö	81,3%	74,9%	-6,4%	95,9%	92,4%	-3,5%
Ma-Hd	73,9%	70,3%	-3,6%	94,5%	92,2%	-2,3%
Lbg	76,4%	71,3%	-5,1%	94,5%	91,4%	-3,1%
Reinickend	61,3%	58,4%	-2,9%	92,3%	89,2%	-3,1%
Berlin	70,5%	68,5%	-2,0%	94,1%	92,0%	-2,1%
Orientierungswerte der Planung 2016						
	1- unter 3 Jahre		75,6%	3- unter 6 Jahre		95,3%

(Quelle: Kindertagesstättenentwicklungsplanung KEP 2020-2025, S. 16)

- Die Planung des Senats sieht vor, die Auslastungsquote der Betriebserlaubnis auf 95% zu erhöhen und so 3.000 Plätze zu gewinnen. Das halten wir für unrealistisch. Die Belegung einer Kita schwankt. Um über das Jahr immer noch Kinder aufnehmen zu können, ohne die Betriebserlaubnis zu übersteigen, braucht die Kita 8-10% mehr erlaubte Plätze als im Dezember belegt sind. Die durchschnittliche Belegung wird dann etwa dem Dezemberwert entsprechen können.

Siehe Beispiel:



(Quelle: Paritätisches Kita-Referat)

Während im Sommer ca. 25% aller Kinder die Kita in Richtung Schule verlassen, kann eine Neuaufnahme und regelgerechte Eingewöhnung nicht zum gleichen Zeitpunkt für alle freigewordenen Plätze erfolgen. Die personalintensive Eingewöhnung muss vielmehr auf mehrere Monate verteilt werden. Dazu bedarf es der Neuaufnahme bereits bevor die ausscheidenden Kinder in die Schule kommen. Ist die Kita in einem Stadtgebiet mit einem hohen unterjährigen Wechsel von Kindern verschärft sich diese Situation noch.

Der Paritätische hat eine Bewertung der Fachkräfteplanung noch nicht abgeschlossen. Er nimmt die Äußerungen der Senatorin Scheeres (Pressekonferenz der SenBJF am 06.10.2020), dass in den nächsten Jahren eine Fachkraft-Kind-Schlüssel Verbesserung möglich und nötig ist, mit Freude zur Kenntnis und unterstützt ihre Initiative ausdrücklich.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband LV Berlin e.V. steht für die weitere Diskussion selbstverständlich zur Verfügung. Wir fordern das Parlament auf, nun schnell zu handeln und zusätzliche Mittel für den Platzausbau ab dem Jahr 2021 zur Verfügung zu stellen. In den nächsten drei Jahren müssen jährlich 120 Mio. € abgesichert sein. Für das Jahr 2021 bedeutet dies einen zusätzlichen Bedarf von rd. 70 Mio. €. Spätestens ab dem Jahr 2022 sind zudem Sanierungsmittel auch für freie Träger in den Haushalt einzustellen. Diese sollen den Umfang von 50 Mio. € pro Jahr haben und für drei Jahre eingeplant werden. Nur so können bestehende Plätze in dieser Situation erhalten bleiben.

Der Paritätische macht abschließend erneut deutlich, dass die vom Parlament und Senat beschlossene Hauptstadtzulage allein für die Landesbeschäftigten ein Affront gegen freie Träger der Kindertagesbetreuung ist, der zur Spaltung des Bereiches führt. Das Land Berlin kann ein auskömmliches Angebot an Kindertagesstätten nur mit und durch das Engagement freier Träger sichern. Diese Ungleichbehandlung ist für uns so nicht hinnehmbar. Diese Entscheidung muss ihrerseits korrigiert werden. Wir fordern: Hauptstadtzulage für alle #WirSindEinBerlin

Berlin, 19. Oktober 2020

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin e.V / Referat Kindertagesstätten